

# Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit

## Kommunalwahlprogramm der BIG Bielefeld 2020

Die BIG Partei ist eine multikulturelle und eine wertorientierte Partei. Hier wird über Vielfalt nicht nur gesprochen, sondern diese wird gelebt. Gerechtigkeit, Solidarität, gegenseitige Achtung, Transparenz sowie Nachhaltigkeit sind oberste Prioritäten bei der BIG. Frieden in unserer Gesellschaft und Gerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens sind Themen, denen wir uns politisch widmen werden. Dazu werden neben einer gerechten Politik für Kinder – Jugend – Familie – Frauen sowie Senioren auch Gerechtigkeit in Bildung – Arbeit – Wirtschaft – Umwelt und Gesellschaft sowie die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben, unsere zentralen Arbeitsschwerpunkte sein. Indem wir bürger- und bedarfsorientierte Lösungsvorschläge erarbeiten, möchten wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung als Bielefelder Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

### I. Kinder, Jugend und Bildung

#### **Kinder sind unsere Zukunft!**

Daher ist es wichtig frühzeitig in unsere Zukunft zu investieren. Das bedeutet für uns:

- **Ausbau der Betreuungsplätze:** U3-, Kindertagesstätten- und OGS (Offene Ganztagsgrundschulen)-Plätze müssen je nach Bedarf in den entsprechenden Stadtteilen ausgebaut werden. Kein Kind soll benachteiligt werden. Wir wollen gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle Kinder ganz gleich aus welchem sozialen Umfeld sie stammen. Armut, Behinderung und Herkunft dürfen für kein Kind ein Hindernis für eine qualitative Betreuung darstellen. Dementsprechend muss auch die personelle Ausstattung vorangehen.
- **Rundumbetreuung in der Schule:** Jede Klasse bekommt einen Schulleistenden, der die Lehrkraft unterstützt. Jede Schule stellt Schulpsychologen, -Pädagogen, -Sozialarbeiter ein. Die Sozialarbeiter oder die Lehrkräfte besuchen jeden Schüler einmal im Jahr zu Hause, um sich ein Bild vom sozialen Umstand des Schülers zu machen.
- **Behinderung ist kein Hindernis:** Für Kinder mit einer Behinderung müssen Integrative Plätze in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Hierzu bedarf es der Förderung aller Träger, insbesondere der Elterninitiativen.
- **Kein Kind in Bielefeld darf hungern:** Die Beseitigung von Kinderarmut muss ein gemeinsames Anliegen der aller Bürger sein. Wir fordern ein kostenloses ausgewogenes Schulessen für alle Kinder, von der Kita bis zum Gymnasium. Zusätzlich bedarf es auch der Förderung karitativer Initiativen, die sich speziell um die Kinderarmut in Bereichen wie die Übernahme von Kinderbetreuungskosten, sowie Kosten für Mittagsessen und den Schulbedarf kümmern. Dadurch soll Gerechtigkeit für alle Kinder ermöglicht werden.
- **Gesunde Kinder brauchen eine ausgewogene Ernährung:** Wir fordern eine finanzielle Entlastung einkommensschwacher Familien, präventive Gesundheitsuntersuchungen und Ernährungsberatung für ihre Kinder.
- **Eine gute Sprache ist Voraussetzung für eine gute Kommunikation:** Wir befürworten die frühkindliche Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr. Diese muss in Kindertagesstätten und Familienzentren ausgebaut und intensiviert werden. Insbesondere in sozialen Brennpunkten muss die personelle Ausstattung ausgebaut und entsprechende Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen angeboten werden.

- **Kein Kind darf Gewalt erfahren:** Sei es in der Familie, in der Gesellschaft oder in Einrichtungen. Zur Gewalt gehört neben der körperlichen Gewalt auch die verbale Diskriminierung. Insbesondere müssen Kinder mit Behinderung, Lernschwäche oder anderer Herkunft sowie Scheidungskinder vor Diskriminierung geschützt werden. Hierzu fordern wir eine Anlaufstelle für Betroffene.

## Jugend mit Zukunft!

- **Freie Räume für freie Zeiten:** Jugendliche brauchen Freiräume zur Gestaltung ihrer Freizeit und ihrer Zukunft. Stadtteilbezogen müssen einige Jugendzentren je nach Bedarf der Jugendlichen konzeptionell und personell ausgebaut werden. Insbesondere in den Stadtteilen, in denen viele Jugendliche mit Migrationshintergrund leben, ist es wichtig, qualifiziertes Personal mit interkultureller Kompetenz, oder noch besser mit Migrationshintergrund, einzustellen. Qualifikationsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche, sowie Bewerbungstrainings müssen in Jugendzentren zum Standardprogramm gehören.
- **Gewalt ist out, Frieden ist in:** Diskriminierungen, Ungleichbehandlungen sowie Chancenungerechtigkeiten und -ungleichheiten führen zunehmend zu sozialen Problemen bei Jugendlichen. Daher ist es wichtig, durch fachlich qualifizierte Gespräche mit ihnen den Ursachen auf den Grund zu gehen und Missstände möglichst zu beseitigen. Durch Gemeinschaftsprojekte mit der Bielefelder Polizei und geschulten Pädagogen müssen in Jugendzentren und Schulen Jugendliche präventiv über Gewalt, Drogen und Kriminalität aufgeklärt werden. Auch häusliche Gewalt muss ein Gehör finden. Jugendliche brauchen sichere Anlaufstellen, um dort adäquat betreut zu werden.
- **Jugendliche können mehr, wenn man sie fördert:** Hier müssen alle an einem Strang ziehen. Sowohl die Schulen, die Agentur für Arbeit, als auch die Wirtschaft und diverse Bielefelder Bildungsträger müssen ein schlüssiges Gesamtkonzept erstellen. Jugendliche mit einem schlechten Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss bedürfen Auffanginstitutionen, die ihnen berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen anbieten. Hierzu gehört neben der Hilfestellung bei der beruflichen Orientierung auch die gemeinsame Konzeption individueller Berufsperspektiven, damit Jugendliche einen Anschluss an ein reguläres Ausbildungs- und Beschäftigungssystem finden können.
- **Den Jugendlichen Verantwortung übertragen:** Jugendliche können durch ehrenamtliches Engagement zur Verbesserung gesellschaftlicher Prozesse beitragen. Diese müssen mit entsprechenden Projekten gefördert werden. Beispiele sind: Umweltpflege, Essensausgabe für Obdachlose, Seniorenbetreuung z.B. beim Umgang mit moderner Kommunikationstechnik etc.

## Bildung für eine sichere Zukunft!

- **Bildungsdiskriminierung abschaffen:** Gerecht ist, wenn alle Kinder und Jugendliche gleiche Chancen in unserem Bildungssystem haben. Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland benachteiligt laut eines UNO-Berichts Arme, Migrantenkinder und Behinderte. Deshalb plädieren wir für die Einführung von Gemeinschaftsschulen für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Es ist für Kinder und Jugendliche von großem Nutzen, wenn sie alle länger gemeinsam und voneinander lernen. Denn so können sie ihre individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen optimal entwickeln. Aus diesem Grund befürworten wir das Modell der Ganztagschule.

- Stärkere Orientierung an dem **Erfolgsmodell bildungsstarker Länder**: Die Schule besitzt die Aufgabe der Inhaltsvermittlung. Eine gute Schule zeichnet sich dadurch aus, dass sie eng mit den Familien zusammenarbeitet. Die Schülerinnen und Schüler können nur dann optimal gefördert werden, wenn die Institution Schule, die Familie und die außerschulischen Träger miteinander kooperieren.
- **Interkulturelle Sensibilität in der Schule**: Ausbildung der Lehrkräfte und Einstellung zusätzlicher Fachkräfte, die in einem engen Verhältnis zu den Familien stehen und in der Schule für die Sensibilität im Umgang mit verschiedenen Kulturen sorgen.
- **Schule als zweites Zuhause**: Die Ganztags schulbetreuung in Bielefeld muss flächendeckend ausgebaut werden. Es muss eine städtische Unterstützungskasse für eine kostenlose, ausgewogene und gesunde Mittagsmahlzeit für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien eingerichtet werden. In der Ganztagschule sollen Schüler je nach Bedarf mit einem intensiven, zielgerichteten Nachhilfeunterricht individuell unterstützt werden. Wir fordern eine Ganztagschule, in der mehr geschieht als nur Pauken. Aktivitäten aus vielfältigen Bereichen wie Kultur, Sport, und Freizeit, die von außerschulischen Fachkräften angeboten werden können, gehören auch zu einer ganzheitlichen Erziehung. Auch die Eltern müssen als mitwirkende Akteure im schulischen Leben anerkannt und ihre Partizipation gefördert werden.

## II. Familien, Frauen und Senioren

### Familien gestalten Zukunft!

Durch den Zerfall traditioneller Familienstrukturen muss der Staat immer mehr Hilfestellung anbieten. Zudem fordert die Berufswelt immer mehr Flexibilität von den Eltern. Daher ist es wichtig, dass die Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gestärkt werden. Erziehung der Kinder, Wertevermittlung sowie Pflege von Angehörigen müssen belohnt werden.

- **Familie als Stütze der Gesellschaft**: Eine Familie zu gründen, muss sich trotz Beruf und Wirtschaftskrise wieder lohnen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen am Arbeitsplatz oder Heimarbeitsplätzen sowie flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitbeschäftigungen stark gefördert werden. Die Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten darf bei den Betroffenen nicht zu Karrierenachteilen führen.
- **Familien finanziell entlasten**: Elternbeiträge für Kinder in Kindertagesstätten und in der Tagespflege müssen an die finanziellen Möglichkeiten der Eltern angepasst werden. Familien mit schwachem Einkommen sollen kostenfreie Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Stärkere steuerliche Entlastungen junger Familien mit Kindern und Alleinerziehender, sowie die Förderung sozialen Wohnungsbaus ermöglichen diesen Menschen eine adäquate, soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft.
- **Familien brauchen auch mal Coaching**: Finanziell benachteiligte Familien mit Kindern sollten bei Bedarf Beratungsangebote zur Kindererziehung, Familienmanagement sowie gesunde Ernährung in Anspruch nehmen können. Bei persönlichen, familiären und beruflichen Krisen sowie bei Schulschwierigkeiten ihrer Kinder brauchen Familien Anlaufstellen, bei denen sie individuell beraten werden können.

## Frauen nach vorne!

- **Gleiche Chancen für alle Frauen:** Die volle Teilhabe und der gleiche Erfolg der Frauen auf dem Arbeitsmarkt müssen selbstverständlich sein. Wegen des in naher Zukunft geringeren Angebots an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften sind Wirtschaft und Gesellschaft auf qualifizierte Mitarbeiterinnen angewiesen. Gefördert werden muss, dass Frauen unabhängig vom Familienstand entsprechend ihrer Qualifikationen am Erwerbsleben chancengleich teilhaben können. Ebenso sollen Berufsrückkehrerinnen beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gezielt gefördert, qualifiziert und unterstützt werden. Leider sind sowohl in der Wirtschaft, als auch in Politik und Verwaltung Frauen in Führungspositionen in Bielefeld sehr rar. Dies zu ändern muss ein vorrangiges kommunales Anliegen sein.
- **Benachteiligung von Frauen stoppen:** Keine Frau darf wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder diskriminiert werden. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Bildung und Beruf. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen muss in allen Bereichen unserer Gesellschaft gelten. Vor allem in der Arbeitswelt steht Frauen gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zu. Die Politik muss konsequent handeln und Arbeitgeber für eine Verbesserung in diesem Bereich sensibilisieren.
- **Alleinerziehende Frauen brauchen mehr Unterstützung:** Wir fordern für alleinerziehende Frauen kostengünstige Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitbeschäftigung sowie Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum.
- **Jedwede Gewalt gegen Frauen ist kriminell:** Ganz gleich ob im häuslichen Bereich, oder im öffentlichen Leben: Frauen dürfen keine Gewalt erfahren! Vorhandene Frauenhäuser müssen von der Kommune finanziell stärker unterstützt werden. Anlaufstellen für diskriminierte Mädchen und Frauen müssen personell ausgebaut und qualifiziert besetzt werden. Durch verbesserte Bildungs- und Berufschancen sollten insbesondere junge Frauen mit Migrationshintergrund in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden.

## Senioren bieten Erfahrung!

Senioren sind ein wesentlicher und ständig wachsender Teil unserer Gesellschaft. Sie haben eine große Berufs- und Lebenserfahrung und in der Regel eine hohe soziale Kompetenz. Daher muss es ein Schwerpunkt der Bielefelder Politik sein, das große und vielfältige Potential der älteren Generation selbst bestimmt für die soziale Entwicklung unserer Stadt zu nutzen. Dies liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Senioren selbst.

- **Senioren sind fit:** Die Potenziale von Senioren, auch in hohem Alter für sich und andere aktiv zu sein, sind hoch. Meist sind sie motiviert und bereit, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. In Zusammenarbeit mit entsprechenden Akteuren aus diversen Fachbereichen und bereitwilligen Senioren sollte ein Gesamtkonzept und verschiedene Projekte für die Stadt Bielefeld entwickelt werden. Zum Beispiel könnte man den Einsatz von Senioren in Ganztagschulen unbürokratisch fördern. Sie können Schülern Nachhilfe erteilen, Hausaufgaben betreuen sowie selbst von Schülern z.B. den Umgang mit dem Computer etc. erlernen.
- **Fortbildung kennt kein Alter:** Politik muss Senioren einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen und vielfältigen Lernangeboten ermöglichen, damit dem Wunsch der Senioren nach lebenslangem Lernen Rechnung getragen wird. Ein attraktives, förderungswürdiges Lernangebot ist die Fortbildung „Geragogik = Lernen im Alter“. Themen hierbei sind z.B.: Bildung im Alter, Lebensweisen und Kompetenzen im Alter, Partizipation im Alter, Biografiearbeit, Frauenbildung im Alter, Intergenerationelles

Lernen, Internet. Seniorenbegegnungsstätten mit breitem Beratungsspektrum müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

- **Gerechte Wohn- und Pflegeformen für Senioren:** Senioren sollten in familienpolitische Konzepte eingebunden werden. Hierzu sind auch wohnpolitische Maßnahmen, wie die Förderung und der Ausbau von integrativen Mehrgenerationenhäusern und betreuten Wohnprojekten, notwendig. Solche Projekte bringen das solidarische Miteinander und den Dialog der Generationen voran. Auch dem Bedarf älterer Migranten muss die Kommune gerecht werden. Ein wichtiges Projekt wäre z.B. die Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens für ältere Migranten. Für diese Zielgruppe sind kultursensible Angebote und Dienste, in denen religiöse und kulturelle Unterschiede umfassend berücksichtigt werden, so gut wie nicht vorhanden. Daher ist es jetzt schon notwendig, den Anteil von Pflegekräften mit Migrationshintergrund zu erhöhen.
- **Pflegebedürftige Senioren dürfen nicht benachteiligt werden:** Hier sind kommunalpolitisch soziale Lösungen gefragt. Altersarmut oder andere Hindernisse dürfen bedarfsgerechten Pflegeleistungen nicht im Wege stehen. Vor allem die häusliche Pflege durch Angehörige oder durch ambulante Pflegedienste ist erstrangig zu fördern, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld wohnen können. Auch die Pflege in Heimen muss würdig umgesetzt werden.
- **Keine Barrieren für Senioren:** Viele Einrichtungen in Bielefeld sind weder senioren- noch behindertengerecht. Daher müssen Hindernisse und Zugangsbarrieren beseitigt und sichere Verkehrswege für Fußgänger und Rollstuhlfahrer ermöglicht werden.

### III. Kultur, Teilhabe und Dialog

#### Kultur bedeutet Lebensqualität!

- **Kultur muss für jeden zugänglich sein:** Ob jung oder alt, arm oder reich, männlich oder weiblich, In- oder Ausländer, die Kunst sollte allen Menschen in unserer Stadt zugänglich gemacht werden. Denn Kultur stiftet Identität, schafft Bildung und bedeutet soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft. Kultur ist somit ein wichtiger Teilhabefaktor. Daher ist es als kommunalpolitische Aufgabe wichtig, das vielfältige Kulturangebot in unserer Stadt zu schützen und zu fördern. Die finanziell schwierige Haushaltslage in Bielefeld darf auf diesem Gebiet nicht zu Abstrichen führen. Dem Kulturamt der Stadt Bielefeld fallen hierbei wichtige Aufgaben zu. Zum einen muss es bestehende Kulturangebote erhalten, zum anderen private Gelder für neue Kulturprojekte akquirieren. Grundlage solcher Public Private Partnerships könnte ein professionelles Fundraising bilden, wie das im angelsächsischen Kunst- und Kulturbetrieb bereits die Regel ist
- **Kultur braucht Pflege und Unterstützung:** Sowohl die Museumslandschaft als auch die freien Träger der bildenden Kunst müssen gepflegt und gefördert werden. Das Kulturamt sollte zudem freien Künstlern helfen, Mittel zur Finanzierung ihrer Projekte beschaffen zu können. Auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Kulturanbietern und Schulen soll intensiviert werden, um u.a. die Kulturarbeit durch pädagogische Konzepte für Kinder und Jugendliche zu fördern. Ebenso müssen Nachwuchskünstler sowie freie Träger von der Kommune finanziell stärker unterstützt werden.
- **Interkulturelle Kulturangebote fördern:** Das interkulturelle Potenzial von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollte gezielt gefördert werden. Es ist wichtig, ihren Begabungen Raum zu geben und Ihnen damit zu bekunden, dass sie ein Teil unserer Gesellschaft sind. Ebenso sollten Kulturträger vermehrt Angebote für diese Zielgruppe machen.

## **Migranten sind unsere Nachbarn!**

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein mittel- bis langfristiger interaktiver Prozess und bedeutet für uns in erster Linie die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben. Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit sind Voraussetzungen für eine gerechte Teilhabe.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer politischen Arbeit wird es sein, die Teilhabe in Bielefeld mitzugestalten. Wir setzen uns für die Bewahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft durch Abbau von Vorurteilen ein. Die Förderung des Dialogs ist für uns eine Herzensangelegenheit.

Wir fordern die zügige Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Bielefeld, sowie die finanzielle Unterstützung für Erfolg versprechende Integrationsprojekte.

Jedwede Art von Diskriminierung, Ungerechtigkeit, Extremismus, Fanatismus, Terrorismus, sowie Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab.

**Integration bedeutet für uns weder Assimilierung noch Separierung!** Sie bedeutet für uns:

- **Sprachliche Teilhabe:** Eine gute Sprachkompetenz ist der Schlüssel für eine qualifizierte und erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn. Daher ist es sehr wichtig, die deutsche Sprache bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund frühzeitig intensiv zu fördern. Diese Förderung sollte schon in Kindergärten beginnen. Dabei sollte die Förderung der Herkunftssprache nicht vernachlässigt werden, denn der sichere Umgang mit der Herkunftssprache erleichtert den Erwerb der deutschen Sprache wie auch weiterer Fremdsprachen. Die Mehrsprachigkeit bei Migranten sehen wir in Zeiten der Europäisierung und Globalisierung als eine wichtige Chance. Die Unterstützung zweisprachiger Förderansätze ist auch deswegen sinnvoll, weil sie die Familiensprache und damit die mehrsprachige Entwicklung von Kindern stärkt und die Eltern in die gemeinsame Erziehungsverantwortung einbezieht. Das Rucksack-Programm zur Sprachenförderung und Elternbildung, das zurzeit in manchen städtischen Kindertageseinrichtungen in NRW durchgeführt wird, ist hierfür ein gutes Beispiel. Programme zur Förderung der deutschen Sprache, zur Stärkung der allgemeinen Entwicklung und der Sprachkompetenz in der Muttersprache, sowie zur Förderung einer interkulturellen Erziehung und der Integration in Gesellschaft und Institutionen der frühkindlichen Bildung, sind hierfür gute Beispiele. Wir unterstützen die Ausweitung der vorhandenen Programme in Bielefeld.
- **Teilhabe durch Bildung:** Projekte zur Förderung der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung von Migranten müssen konsequent umgesetzt werden.
- **Berufliche Teilhabe:** Auch hier gilt es Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung zu gewährleisten. Adäquate Ausbildungs- und Berufsberatung für Jugendliche und Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte sind von Fachkräften mit interkultureller Kompetenz zu bewältigen. Die Kommune ist aufgefordert, zielgerichtete Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung für diese Zielgruppen zu initiieren, um ihnen positive Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die Wirtschaftsförderung und die IHK sind aufgefordert, Existenzgründer gezielt zu beraten und zu betreuen. Darüber hinaus darf kein Bürger in Bielefeld wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden.
- **Soziale Teilhabe:** Die Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten und Aufgaben ist eine wichtige Bedingung um sich heimisch fühlen zu können.

- **Mentale Teilhabe:** Kulturelle Unterschiede sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Nachbarschaftlichkeit und das „WIR-Gefühl“ statt „Wir und Ihr“ sowie der Dialog auf Augenhöhe muss auf allen Ebenen unserer Gesellschaft gestärkt werden. „Vielfalt statt Einfalt und trotzdem eine Einheit“ ist unser Motto!
- **Sicherheit ist wichtig - Frieden auch! Ordnung muss sein - Fairness auch!:** Die Bewahrung des sozialen Friedens und die Beachtung der Gesetze sind Voraussetzungen für ein harmonisches Miteinander.
- **Mit Migranten reden statt über Migranten:** Das Integrationskonzept der Stadt Bielefeld sollte mit den entsprechenden Vertretern der Migrantenorganisationen innerhalb von Arbeitsgruppen besprochen werden.
- **Interkulturelle Öffnung der Verwaltung:** Die Stadtverwaltung ist gut damit beraten, Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen und ihren Mitarbeitern Fortbildungsprogramme für den Erwerb interkultureller Kompetenzen anzubieten.
- **Flüchtlingen in Bielefeld würdige Lebensbedingungen bieten:** Gesundheitsschutz, Kinderbetreuungsplätze sowie der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt müssen für eine internationale Stadt wie Bielefeld selbstverständlich sein.

## Dialog stärkt den Frieden!

- **Bielefelder sind weltoffen, fair und freundlich:** Dies soll auch so bleiben. Umso mehr ist es von Bedeutung, den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern. Ohne einen aufrichtigen Dialog ist der soziale Frieden zerbrechlich. Die beste Sicherheitsvorkehrung bringt nichts, wenn der Staat nicht in allen Bereichen des Lebens Gerechtigkeit gewährleistet, sie nicht entschieden schützt und stärkt. „Gleiche Rechte für Alle und Dialog auf Augenhöhe“ sollte das Motto einer gerechtigkeits- und friedensorientierten Verwaltung sein. Fairness und freundlicher Umgang unter den Bielefelder Bürgern, muss sowohl von privaten als auch von kommunalen Organisationen unterstützt und mit entsprechenden Projekten gefördert werden.
- **Zum Dialog gehört auch der Dialog der Religionen:** In Bielefeld sind eine Vielzahl von Religions- und Glaubensgemeinschaften zu Hause. Um ein besseres, gegenseitiges Verständnis unter den Bielefelder Bürgern zu fördern, ist der interreligiöse Dialog unverzichtbar. Dieser Dialog sollte das Vorhandensein gemeinsamer, universaler Werte und Rechte voraussetzen, die wechselseitig anerkannt werden. Dialog bedeutet zu informieren, aufzuklären, zu sensibilisieren und sich kritisch mit dem „Fremden“, aber auch dem „Eigenen“ auseinander zu setzen. Dabei muss das Ziel sein, Vorurteile zu überwinden, Ausgrenzung zu verhindern und Teilhabe zu unterstützen.

Wir fordern, dass bürgerliche Engagements von der Kommune unterstützt und öffentlich bekannt gemacht werden sollten.

- **Bitte keine falsche Toleranz:** „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen“ so Goethe. Diesem Grundsatz schließen wir uns vollkommen an. Denn nichts ist kränkender als geduldet zu werden. Bielefeld ist Heimat für alle Menschen, die in Bielefeld leben. Unser Grundgesetz verlangt, dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Die Andersartigkeit von Mitbürgern kann als kulturelle Bereicherung aufgefasst werden und sollte nicht zur Ausgrenzung führen.

## IV. Umwelt, Wirtschaft und Wissenschaft

### Unsere Umwelt ist wertvoll und schützenswert!

- **Eine saubere Umwelt bestimmt unsere Lebensqualität:** Bielefeld muss beim Klimaschutz vorbildhaft konsequente Schritte gehen.

Diesbezüglich sollte die Kommunalverwaltung ein ökologisch, ökonomisch und ganzheitlich optimiertes Gesamtkonzept erstellen. Dazu gehören sowohl die Förderung von Energieeinsparung und der Einsatz erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, Solarthermie und Biogas im privaten und öffentlichen Sektor als auch Förderprogramme zur energetischen Sanierung von privaten und kommunalen Gebäuden in Bielefeld.

- **Ökostrom fördern:** Alle öffentlichen Gebäude sollten mit Naturstrom versorgt werden.
- **Fahrrad fahren senkt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß:** Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel. Daher sollten in Bielefeld Aktionen gestartet werden, die die PKW-Fahrer dazu auffordern das Auto bei Kurzstrecken stehen zu lassen. Wenn ein Bielefelder Bürger mit dem Fahrrad pro Tag 20 Kilometer Arbeitsweg zurücklegt, sparen wir alle bei einem Durchschnittsverbrauch von 10 Litern auf 100 Kilometer rund 800 Kilogramm CO<sub>2</sub> im Jahr. Zudem hält Fahrradfahren fit. Öffentliche Einrichtungen und private Betriebe sollten ihre Mitarbeiter aufklären und sie zu einem „Bike-Day einmal im Monat“ motivieren.
- **Zeitung lesen in Bus und Bahn macht schlau:** Auch Bus und Bahn fahren spart CO<sub>2</sub>. Daher sollte das Jobticket für Mitarbeiter von Verwaltung und Unternehmen attraktiver gestaltet und unbürokratischer vertrieben werden.
- **Bio-Produkte aus der Region helfen dem Klimaschutz:** Verbraucher sollten durch diverse Aktionen über Klimaschutz und Energiesparmaßnahmen besser informiert werden. Eine Aufrufaktion wäre z.B. biologisch erzeugte Lebensmittel aus unserer Region zu kaufen, da lange Transportwege überflüssige Emissionen verursachen.

### Bielefeld muss wirtschaftlich stark bleiben!

- **Bielefeld ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort:** Damit dies so bleibt, ist es wichtig, bestehende Wirtschaftszweige zu pflegen und einige neu anzusiedeln. Dafür brauchen wir ein investorenfreundliches Klima in Bielefeld. Zudem müssen kleine und mittelständische Unternehmen gezielt gefördert werden, denn letztendlich tragen sie maßgeblich zur Wirtschaftskraft bei und sie schaffen und sichern Arbeitsplätze. Daher fordern wir verstärkt die Förderung von Existenzgründungen sowie die Schaffung eines Gründungs-, Innovations- und Technologiezentrums. Dem Amt für Wirtschaftsförderung fällt hierbei eine wichtige Rolle zu. Denn es muss dieses Projekt begleiten und Gründern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ebenso muss die Entwicklung und der Ausbau des Wirtschaftssektors Tourismus- und Kongresswesen unterstützt werden.
- **Standortmarketing optimieren:** Um Bielefelds Internationalität ausbauen und gut vermarkten zu können, ist ein konzeptionell effizientes Standortmarketing notwendig. Die Wirtschaftsförderung ist hierbei gefordert, mit diversen Wissenschaftseinrichtungen und anderen Wirtschaftsförderungen in der Region zu kooperieren. Denn heutzutage sind Kommunen nur konkurrenzfähig, wenn sie strukturell in Wirtschaftsregionen mit optimalen Voraussetzungen eingebettet sind. Für dieses wichtige Projekt müssen seitens der Kommune EU-Fördermittel eingeworben werden.



- **Die Wirtschaft muss mehr Verantwortung übernehmen:** Bielefelder Unternehmen müssen gemeinsam mit der Stadt Bielefeld, der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE, sowie der IHK nachhaltige Programme zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit entwickeln. Betroffen sind meist Jugendliche mit schlechten Schulabschlüssen oder ohne Schulabschlüsse, Arbeitslose mit Migrationshintergrund sowie Langzeitarbeitslose. Ziel der Politik muss aber auch sein, bestehende Arbeitsplätze zu sichern.

## **Bielefeld als Wissenschaftsstandort stärken!**

- **Moderne Lehre und Forschung bestimmen die Zukunft unserer Stadt mit:** Die Stadt Bielefeld ist gefordert, enger mit der Universität zusammenzuarbeiten, um von ihrer wissenschaftlichen Kompetenz besseren Nutzen für kommunale Belange ziehen zu können. Auch sollte es ein kommunales Anliegen sein, den weiteren Ausbau von Forschungseinrichtungen voranzutreiben, sowie nationale und internationale Forscher nach Bielefeld zu holen. Durch eine stetige Kooperation zwischen der Bielefelder Wirtschaftsförderung, der Universität mit ihren Fakultäten, der IHK und Bielefelder Unternehmen sind Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich zu fördern. Hierzu empfehlen wir die Gründung eines Startcenters für Existenzgründer.
- **Studieren in Bielefeld attraktiv gestalten:** Der Ausbau von günstigem und bedarfsgerechtem Wohnraum in der Nähe universitärer Einrichtungen muss vorangebracht werden. Ausreichende und sichere Fahrradabstellplätze in der Nähe von Hochschuleinrichtungen, an den Bus- und Bahnhaltestellen sollen errichtet werden.
- **Wissenserwerb darf nicht verhindert werden:** Der ungehinderte Zugang zu Bildung und Wissen sollte ein Grundrecht für alle Menschen sein. Wir fordern eine Unterstützungskasse für bedürftige ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern. Denn im Schnitt müssen diese mit einem deutlich geringeren Budget zurechtkommen als ihre deutschen Kommilitonen.

## **V. Frieden und Gerechtigkeit sind kein Luxus sondern ein Muss!**

### **Frieden und Gerechtigkeit sind nicht teilbar!**

Auf diese haben Jedermann/Jede Frau immer und überall gleichermaßen Anspruch.

**Die schönste Frucht der Gerechtigkeit ist Frieden:** Durch eine Neuentwicklung von sozialer Marktwirtschaft kann Phänomenen wie Armut, Hunger, Krankheiten sowie schlechten Bildungschancen und sozialen Ungerechtigkeiten wirksam vorgebeugt werden. Diese später zu bekämpfen ist schwieriger, teurer und belastet den sozialen Frieden wesentlich mehr als wirkungsvolle präventive Maßnahmen. Ein würdiges Leben in Gesundheit und Frieden muss Vorrang haben vor den Wirtschaftsinteressen multinationaler Konzerne. Wirtschaft und Politik sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. Eine verantwortungsbewusste Gesellschaft sollte dafür Sorge tragen, dass einer totalen Vermarktung von Mensch und Natur und der damit verbundenen immer größeren Schere zwischen Arm und Reich Einhalt geboten wird. Wir fordern, dass öffentlich finanzierte Konjunkturprogramme soziale Schwerpunkte setzen müssen, zum Beispiel im Bildungsbereich.

- **Frieden praktizieren:** Damit der Friede gelingt, fordern wir eine Kultur der Fairness, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung sowie einen verantwortungsvollen und würdevollen Umgang miteinander: aufrichtig und differenziert, nicht polemisch, sondern konstruktiv. Die Devise kann nur lauten: nicht spalten, sondern vereinen, nicht verurteilen, sondern VERSTEHEN!

# Unsere Forderungen im Überblick

## Bürgernähe und Transparenz

- Stärkung der politischen Teilhabe und Mitsprache der Bürger bei kommunalpolitischen Entscheidungen und Einbeziehung bei Planungsprozessen durch Bürgerräte, mittels Vertreter diverser gesellschaftlicher Gruppen
- Mehr Transparenz im Bereich der politischen Arbeit, in der Verwaltung und bei Großprojekten
- Kommunikation zwischen Politik und Bürgern verbessern: Offene OB-Sprechstunde für Bielefelder Bürger

## Finanzen und Wirtschaft

- Die Finanzen unserer Stadt verbessern: Schuldenabbau durch Senkung der städtischen Ausgaben sowie durch eine gezielte und attraktive Wirtschaftsförderung
- Unrentable städtische Gebäude veräußern, um hohe Unterhaltungskosten zu reduzieren
- Im Theater- und Konzertbereich intensive überörtliche Kooperationen mit anderen Kommunen anstreben
- Bielefeld als internationalen Wissenschaftsstandort ausbauen
- Förderung der Kleinunternehmer
- Nachhaltige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Förderung von innovativen und nachhaltigen Wirtschaftszweigen

## Jugend, Sport und Kultur

- Mitsprache von Jugendlichen stärken: Einrichtung eines Jugendparlaments
- Bessere Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche
- Interkulturelle und kultursensible Jugendzentren einrichten
- Erhalt und Ausbau von Sportangeboten und –plätzen. Schaffung von schulunabhängigen und familiengerechten Bürgersportzentren
- Förderung einer lebendigen Kleinkunst- und Jugendkulturszene

## Familie und Soziales

- Ausbau von qualitativen Kinderbetreuungsplätzen
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Arbeitszeiten und bedarfsgerechte Öffnungszeiten der KiTas
- Soziale Wohnungsbauprojekte starten, bezahlbaren Wohnraum schaffen und Mietwucher stoppen
- Bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Quartiere: Mehrgenerationenwohnen, Jung und Alt, Familien und Singles sowie Alleinerziehende, Geringverdiener und Gutverdiener, Menschen mit Vielfalt gemäß der Bevölkerungsstruktur, Menschen mit Behinderung
- Kommunales Programm gegen Armut: einkommensschwache Familien, Rentner und Alleinerziehende unterstützen
- Tagespflegeeinrichtungen und Kurzzeit-Pflegeplätze ausbauen

- Dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenwirken
- Kultursensible Alten- und Pflegeheime errichten. Weiterentwicklung des „Bielefelder Modells“. Förderung der Verbundenheit zwischen den Generationen

## **Kinder und Bildung**

- Für einen chancengerechten Schulanfang: Individuelle und frühkindliche Förderung
- Mehr Lehrer und kleinere Klassen
- Kostenlose digitale Endgeräte für alle Schüler.
- Werteorientierte und kindergerechte Bildung
- Inklusion fördern: ErzieherInnen- und LehrerInnen qualifizieren
- Ausbau von OGS-Plätzen
- Einrichtung von multilingualen Schulen
- Kostenloses Frühstück oder Mittagsessen für alle Schulkinder
- Einrichtung, Erhalt und Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichts

## **Vielfalt, Teilhabe und Flüchtlinge**

- Chancen- und Teilhabegerechtigkeit in allen Bereichen umsetzen, jedwede Benachteiligung konsequent abbauen
- Kommunales Wahlrecht für alle
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung strategisch umsetzen: Durch einen Migrantenförderplan die kulturelle Vielfalt in Führungspositionen erhöhen
- Interkulturelle Qualifizierung von Angestellten im öffentlichen Dienst
- Bedarfsgerechte Förderung der Sport- und Migrantenvereine
- Flüchtlingskinder und schulpflichtige Jugendliche in Bildungs- und Ausbildungsprozesse integrieren

## **Verkehr, Umwelt und Digitalisierung**

- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Fahrradwege
- Mehr Park & Ride sowie Bike & Ride-Plätze schaffen an geeigneten Haltestellen
- Kostenloser ÖPNV für alle
- Mehr freies WLAN in der City und in öffentlichen Verkehrsmitteln
- Klimaschutzplan gemeinsam mit den Bürgern beraten und umsetzen
- Klimaschutzziele konsequent umsetzen: CO<sub>2</sub>-Reduktion durch erneuerbare Energien, städtische Gebäude durch energetische Sanierung klimaneutral machen
- Geeignete Dachflächen von städtischen Gebäuden mit Photovoltaik ausstatten
- Digitalisierung verantwortungsvoll fördern